

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst
Band: 9 (1919)
Heft: 10

Rubrik: Berner Wochenchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Frühling?

Frühlingsahnen durch die Welt
zieht mit feinen Dülften,
Leiter Völkerbundspartum
schwebt in allen Lüften.
Allerdings dazwischen kommt's
häufig dick und trübe:
Riecht nach Blut und Völkerhaß,
— Durchaus nicht nach Liebe. —

Der begrab'ne Weltenkrieg
kriegt scheint's wieder Junge:
Italiener, Jugoslaw,
Ducken sich zum Sprunge,
Volschewick und Spartakist
reichen sich die Hände:
Revolutz und Bürgerkrieg,
— Blutbad, ohne Ende. —

Rohstoffmangel, Kohlennot,
Hungertypus, Grippe,
Kindersterben, — unentwegt
schwingt der Tod die Hippe.
Rachedurst und Ländergier
schwingen blut'ge Fahnen,
Unter'm Leichentuch erstickt
Alles Frühlingsahnen.

Gotta.



Der Bundesrat hat auf den 4. März eine Verordnung erlassen, durch welche Vereinigungen und Organisationen, wie z. B. Soldatenräte und Soldatenbünde, welche auf die Untergrabung der militärischen Disziplin hinauslaufen, untersagt sind. Widerhandlungen werden mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Der neue persische Gesandte für die Schweiz, Zoka-ed-Dooleh, hat dem Bundesrat sein Beglaubigungsschreiben eingereicht.

Die schweizerische Gesandtschaft in Petersburg ist am 5. März in Stockholm angekommen.

Durch Bundesratsbeschluss wurde der Handel mit Benzin und Benzol freigegeben.

Der Bundesrat hat die Einführung von zwei fleischlosen Tagen (Montag und Freitag) beschlossen.

Der Verwaltungsrat der schweizerischen Unfallversicherungsanstalt in Luzern hat dem Personal der Anstalt für das Jahr 1919 die gleichen Feuerungszulagen bewilligt, wie die Bundesversammlung dem eidgenössischen Personal.

Der Bankrat der Schweizerischen Nationalbank empfiehlt einen Antrag zur Annahme, daß mit Genehmigung des Bundesrates die Metalldeckung der Notenzirkulation unter die als Regel festgesetzten 40 % fallen gelassen werden darf, und zwar bis auf 33 1/2 %. Es stellt dies ein Deckungsverhältnis dar, das bei einigen andern Banken auch für normale Verhältnisse vorgeschrieben ist.

Der Bundesrat hat die Neuorganisation des Flugwesens genehmigt und für den Flugplatz Dübendorf als Direktor Major i. G. Isler und als Chef-Fluglehrer Oberleutnant Wiler ernannt. Zum Personal der Fliegertruppe gehören 48 Angestellte und 80 Arbeiter.

Die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Soldatenbundes wählte als Vorortssektion den Soldatenverein der Stadt Zürich. Alle Begehren und Wünsche sollen auf dem Boden der Demokratie und der Verfassung realisiert werden. Auch wurde die Schaffung eines Zentralsekretariates mit Sitz in Zürich beschlossen.

Vom 15. März an findet in Basel eine Rekrutenschule statt für die Ausbildung der Grenzwächterrekruten. Der Kurs, an dem sich zirka 120 Mann beteiligen, wird zirka 2 1/2 Monate dauern.

Das Divisionsgericht 5 und 6 in Bellinzona verurteilte den Hauptmann Läufer aus Bern infolge Dienstverletzung zu zwei Monaten Gefängnis. Die Verteidiger haben das Kassationsbegehren eingereicht.

Die Delegiertenversammlung des schweizerischen Pontonierfahrvereins beschloß, im Jahre 1920 ein Wettfahren abzuhalten.

Im Ständeratsaal tagte eine Konferenz zur Besprechung der Milchversorgung. Einstimmig wurde der Ansicht beipflichtet, daß die Rationierung von Milch, Käse und Butter vorläufig nicht aufgehoben werden kann. Die Vertreter der Produzenten machten die Mitteilung, daß infolge vermehrter Produktionskosten ein erneuter Preisaufschlag notwendig werde.

Der Verwaltungsrat der Bundesbahnen genehmigte das Bahnhofserweiterungsprojekt Lenzburg, dessen Kosten auf 1,390,000 Fr. veranschlagt werden. Eine Eingabe aus bernischen Handels-, Industrie- und Hotelierkreisen betreffend rascheste Elektrifikation der Linien Bern-Olten und Bern-Lausanne wurde an die Generaldirektion gewiesen.

Die bisher bestandene durchgehende Verbindung Bern-Lötschberg-Mailand erleidet infolge Einführung der Sommerzeit in Italien auf 1. März, die der

Schweizerzeit eine Stunde vorgeht, eine Unterbrechung, die aber durch Einfügung eines neuen Zuges Brig-Domodossola durch die Schweizerischen Bundesbahnen gehoben werden kann.

Vom 3. März an verkehren von Basel aus (Elßässer Bahnhof) nach dem Elßaß täglich sechs Züge in jeder Richtung, drei Schnellzüge und drei Personenzüge.

Der dritte Rukland-Schweizerzug ist am 7. März im Badischen Bahnhof in Basel eingetroffen. Die 351 Passagiere haben eine Quarantäne von fünf Tagen durchzumachen.

Die Taxe für Briefe nach dem Ausland wird von 25 Rp. auf 40 Rp. erhöht werden.

Das Syndikat schweizerischer Habern-Sortierwerke hat infolge der eingetretenen Absatz- und Kreditkrise und Exportperre den Betrieb auf den 3. März gänzlich eingestellt. Durch diese Maßnahme werden nicht weniger als 15,000 Arbeiter und Angestellte arbeitslos.

Der Verbandskongress der schweizerischen Bauarbeiter stellt das Verlangen, daß alle Arbeitslosen dieser Branche gemäß Beschluß des Bundesrates vom 5. August 1918 unterstützt werden sollen.

Am 6. März trafen in Buchs 400 Wiener Eisenbahner ein, die zu ihrer Erholung auf die Eisenbahner-Familien der ganzen Schweiz verteilt werden.

In Paris haben Unterhandlungen zwischen Lord Robert Cecil und Leon Bourgeois einerseits und dem Genfer Universitätsprofessor Charles Borgeaud andererseits stattgefunden. Letzterer hat die Reise nach Paris als inoffizieller Vertreter unternommen als Folge der Unterredung Adors mit den Staatsmännern der Entente. Es handelt sich um den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund, wobei die schweizerische Regierung das Verlangen stellt, daß die schweizerische Neutralität in militärischer Hinsicht vollständig beibehalten werde.

In Genf tagte die schweizerische Friedensgesellschaft unter dem Vorsitz von Louis Favre. In einer Resolution werden zuhanden des Völkerbundes folgende besondere Wünsche aufgestellt:

1. Der Bund der Nationen möge das Kriegsrecht zwischen den assoziierten Staaten abschaffen, indem er ihnen die strengste Verpflichtung auferlegt, die Schiedsprüche des internationalen Gerichtshofes, wie sie immer sein mögen, zu befolgen.

2. Die Verfassungsurkunde zum Völkerbund soll grundsätzlich allen Staaten der Welt den Anschluß an die Völkerliga ermöglichen.

3. Die Verfassungskunde soll den Organen des Völkerbundes demokratischen Charakter verleihen und den Völkern das freie Selbstbestimmungsrecht ausdrücklich garantieren.

Der Beginn des internationalen Völkerbundkongresses ist auf den 6. März nach Bern angesetzt worden. —

Aus den Kantonen

Zürich. Meinrad Lienert wurde von der philosophischen Fakultät der Hochschule Zürich zum Ehrendoktor ernannt.

Vom 19. bis 26. Februar tagte in Zürich die jüdisch-orthodoxe Weltkonferenz, welche den Beschluß faßte, Palästina als dasjenige Land zu fordern, in dem Israel berufen ist, seine nationalen Aufgaben im Sinne der jüdischen Ueberlieferungen zu verwirklichen. Ein Studienauschuss soll die Ansiedelungsverhältnisse einer eingehenden Prüfung unterziehen. Eine Handelsbank in London mit 25 Millionen Franken Aktienkapital soll der Unterstützung der jüdisch-nationalen Bestrebungen dienen. Für alle Länder der Erde wird die Sicherung und Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung verlangt und das Recht, staatlich anerkannte jüdische Gemeinwesen zu bilden. Die Leitung der Aktion wird einer jüdisch-orthodoxen Weltorganisation mit Sitz in Zürich übertragen.

Die Strafsakten gegen Bertoni und 28 Mitangeklagte wegen Sprengstoffverbrechens und Neutralitätsverletzung sind an das Bundesgericht eingeklagt worden; 14 Angeklagte befinden sich bereits in Haft.

Bezirksrichter Emil Nieder und Bezirksanwalt Albert Wyß sind vor dem Territorialgericht 5 angeklagt, weil sie trotz der beschlossenen Militarisierung des Eisenbahnpersonals in einer Versammlung das betreffende Personal aufforderten, im Streik zu verharren.

Der 52jährige Handlanger Hans Ganz, der beschuldigt war, anlässlich der Unruhen vom 17. und 18. November 1917 den Volkstischen Kaufmann erschossen zu haben, wurde mangels genügender Anhaltspunkte freigesprochen unter Entschädigung für die ausgestandene Unterdrückungshaft. —

Im Kanton Thurgau wurden vier Gesetzesvorlagen angenommen: das neue Lehrerbefoldungsgesetz, die Befoldungsreform, das Proporz- und das Salzgesetz. Bekanntlich wies der Kanton Thurgau auffallend niedrige Befoldungen auf, so daß die Beamten ihre Existenz während des Krieges nur notdürftig mit Teuerungszulagen fristen konnten.

Argau. Mit Rücksicht auf die drohende Arbeitslosigkeit hat der Regierungsrat beschlossen, den Bundesrat zu ersuchen, die erforderlichen Anordnungen zu treffen, damit mit dem Bau der Suhrtalbahn so rasch als möglich begonnen werden kann.

Die Freisinnigen des Kantons Argau haben sich zu einer politischen Umgruppierung entschlossen; je nach der politischen Entwicklung werden sie sich ihre Stellungnahme in bezug auf die Bauernpartei oder freisinnige Partei vorbehalten.

Auf alle Fälle soll der Charakter einer ausgesprochenen bürgerlichen Linkspartei gewahrt bleiben.

Die Stidereisfirma Hochuli & Cie. in Safenwil hat infolge Ausfuhrschwierigkeiten den Betrieb einstellen müssen, durch welche Maßnahme 700 Arbeiter und Arbeiterinnen den Verdienst verloren haben. Mangel an Aufträgen hat auch die Sprengstoff-Fabrik in Dotfikon veranlaßt, Arbeiter zu entlassen.

Der schweizerische Handelsgärtnerverband faßte in seiner Generalversammlung in Brugg eine Resolution des Inhalts, daß die Arbeitszeit im Sommer von 10 Stunden und im Winter von 9 Stunden nicht weiter gekürzt werden dürfe. —

Basel. Schmuggler aus dem Badischen wollten sich an den schweizerischen Grenzposten für ihren kürzlich erschossenen Kameraden rächen und unternahmen einen Angriff auf den schweizerischen Posten bei Riehen. Es kam zu einer Schießerei, wobei aber niemand verletzt wurde.

Am der Kraftstraße erschöß der Italiener Carlo seine Geliebte und verübte hierauf Selbstmord. —

Der Große Rat des Kantons Luzern beschloß, die Zahl der Landjäger von 70 auf 100 zu erhöhen und letztere finanziell besser zu stellen. Für die kantonalen Beamten wurden Teuerungszulagen im Betrage von 891,000 Fr. bewilligt. —

Graubünden. Die Familie des Hetman Skropadsky, der von deutschen Sanitätsmannschaften als Schwerverwundeter aus Kiew weggebracht wurde, soll in einem Kurort Graubündens Aufnahme genommen haben.

Der Wintersport steht in hoher Blüte. Die großen Kurorte weisen ungewöhnlich hohe Besuchsziffern auf. —

Tessin. Die italienische Grenze über Luino ist am 5. März für den Güterverkehr in ganzen Wagen geöffnet worden.

Der schweizerische Getreideimport via Genua ist nach einem Unterbruch von zwei Jahren wieder aufgenommen worden. Seit dem 27. Februar sind vier Getreid dampfer eingetroffen. Die Abfuhr über die Gotthard- und Lötschberglinie hat bereits begonnen. —

Waadt. Im Bureau des Territorialgerichtes 1 im Château de Beaulieu in Lausanne wurde ein Einbruch verübt. Die Diebe entwendeten drei Schreibmaschinen im Wert von 2000 Fr. und den Barbetrag der Kasse in der Höhe von 3100 Fr.

In einem maßlos gehaltenen Artikel der „Gazette de Lausanne“ wird der Entwurf des Bundesrates für den Völkerbund einer heftigen Kritik unterzogen. Romisch wirkt dabei, daß Herr Nationalrat de Meuron, Präsident des Verwaltungsrates der „Gazette de Lausanne“, mit andern Gemüthsgegnossen genannter Zeitung an der Erstellung des Entwurfs mitgewirkt hat. —

Genf. Die Genfer Radikalen haben sich von der schweizerischen demokratischen Partei getrennt, weil sie keine Neuorientierung eingeschlagen hat und ihr zentralistisches Programm beibehält. Die Hauptgründe liegen in den Beschlüssen

der Bundesversammlung betreffs der Kriegsteuer und der Vollmachten. —



Die jurassischen Trennungsgelüste, denen man bis vor kurzem nicht allzu große Bedeutung beimäß, scheinen nun doch ernste Gestalt annehmen zu wollen. Da Nationalrat Choquard in der Bundesversammlung die Votstrennung des Jura vom alten Kantonsteil verlangte. Die Frage wird in der Schweiz verschieden beurteilt. Namentlich wird geltend gemacht, daß die Jurassier nie recht schweizerisch empfinden können, wenn sie sich im Kanton Bern als Fremde fühlen, und daß ihr Nationalgefühl gestärkt würde, wenn sie einen eigenen Kanton bilden könnten.

Es ist aber fraglich, ob die Jurassier bessere Schweizer sein werden, wenn sie die kantonale Souveränität erlangt haben, oder ob die bedauerlichen Vorkommnisse, wie z. B. die jüngsten Vorgänge in Bonfol, wo Zivilisten zugunsten französischer Schmuggler gegen die Heerespolizisten mit Gewalt eingriffen, nicht in vermehrter Auflage in Erscheinung treten. Vielfach wird auch die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes für die inner-schweizerischen Verhältnisse gefordert; aber die Anwendung dieser Theorie dürfte in unserm Lande mehr Unheil anrichten als nützen, da neben der jurassischen Frage noch andere Probleme aufgerollt würden. —

Der Regierungsrat unterbreitet dem Großen Rat Bericht und Antrag über die Einführung des proportionalen Wahlverfahrens für die Wahl des Großen Rates. Der Regierungsrat hält dafür, daß die Einführung des neuen Wahlverfahrens durch ein Gesetz geregelt werden soll. Die nähere Ausgestaltung könnte einem Dekret überlassen werden. Die Amtsbezirke würden in bezug auf die Regelung der Wahlkreisfrage die Grundlage bilden. —

Der Regierungsrat unterbreitet dem Großen Rat betreffend Gewährung der staatlichen Hilfe für das notleidende oberländische Hotelgewerbe den Antrag, einen Staatsbeitrag à fonds perdu von 500,000 Fr. zu bewilligen. Weitere Beiträge sind aufzubringen durch die Hypothekarkasse 300,000 Fr., durch die Kantonbank 200,000 Fr., durch private Bankinstitute, andere Gläubiger, Hotel- und Verkehrsvereine, Transportunternehmungen usw. wenigstens 500,000 Fr., zusammen 1,500,000 Fr. Die Hilfe kann erst erfolgen, wenn diese Geldmittel bereitgestellt sind. Angesichts der gegenwärtigen Finanzlage des Kantons wird an die Ausrichtung des Beitrages von 500,000 Fr. die Bedingung geknüpft, daß die erforderlichen Mittel auf dem Anleihsenwege aufgebracht werden sollen. —

In der starkbesuchten außerordentlichen Generalversammlung des Vereins bernischer Notare gelangte ein Reglement über Inspektion und Sekretariat

für praktizierende Notare des Kantons Bern zur Annahme. Das Inspektorat soll eine Institution darstellen, welches alle Garantie bietet gegen Schädigungen, die der Rundschaft aus dem Notariatsbetrieb erwachsen können; dadurch wird eine wesentliche Festigung des Vertrauens in den Notariatsstand von Seiten des Publikums erwartet.

Ein provisorisches Initiativkomitee wird in nächster Zeit die konstituierende Versammlung einer „abstinenzpolitischen Gruppe des Kantons Bern“ einberufen. Dadurch soll die Sammlung aller stimmberechtigten Alkoholgegner bezweckt werden, um bei Abstimmungen und Wahlen, durch Eingaben an Behörden, die Pflege der Volksgesundheit durch die Gesetzgebung zu fördern.

Unter dem Vorsitz von Nationalrat Bühler beschlossen Vertreter oberländischer Behörden, an das kantonale Landwirtschaftsdepartement eine Eingabe zu richten für die Errichtung einer alpwirtschaftlichen Schule im Berner Oberland, der eine Haushaltungsschule für Töchter angegliedert werden soll.

Der Gemeinderat von Interlaken hat einer Eingabe des Frauenvereins Folge gegeben und den Regierungsrat erlucht, in die Sekundarschulkommission zwei Frauen zu wählen. Auf Antrag des Frauenvereins wurde eine ständige Gemeindefrankenpflegerin gewählt.

In Interlaken feierte Kantonspolizist Fritz Zürcher sein 50jähriges Dienstjubiläum. Er ist der dienstälteste Polizist des Kantons Bern.

Auf Antrag der Kadettenkommission beschloß die Offiziersgesellschaft Thun, im obligatorischen Kadettenkorps die drillmäßige Ausbildung um eine Altersklasse nach oben zu verschieben.

In einem Hause in Gwatt stiegen Diebe auf das Dach, hoben einige Ziegel ab und konnten mittelst Haken einige schöne Spedseiten aus der Rauchkuche herausbefördern.

In Saanen verstarb nach langen Leiden der junge Leutnant Graf Fulcieri-Paulucci de Calboli, Sohn des italienischen Gesandten in Bern, an den Folgen einer schweren Verletzung, die er vor zwei Jahren in einem Gefecht erlitten hat.

Aus dem Bergwerk Ebnetal bei Boltigen sind über 20 Wagen Kohlen gewonnen worden. Die Kohle soll von recht guter Qualität sein.

Die Delegiertenversammlung der Gesangsvereine des Amtes Ronoldingen beschloß, nächsten Sommer in Zäziwil einen Sängertag zu veranstalten.

In der Gegend von Langnau tritt die Grippe wieder mit erneuter Heftigkeit auf.

Der Stadtrat von Biel bewilligte der Gemeinde Mett ein Darlehen von 30,000 Fr.

Angeichts der gegenwärtigen schwierigen Geldbeschaffungsverhältnisse beschloß der Gemeinderat von Biel, vom geplanten 5 Millionen-Anleihen abzusehen, bis die Bedingungen sich günstiger gestalten.

Die Delegiertenversammlung des Gewerbevereins Biel hat die Bildung einer politisch selbständigen Gewerdepartei beschlossen.



† J. Spieß-Salvisberg, gew. Kaufmann in Bern.

Eines der bestgeführten Geschäfte, bekannt unter dem Namen Negarter & Spieß an der Amtshausgasse, hat infolge Todesfall seinen überaus tüchtigen Leiter verloren. Mitten aus seiner geschäftlichen Arbeit, an welcher er mit ganzer Seele hing, hat ihn das unerbittliche Schicksal abgerufen. Von einer schweren Lungenentzündung auf das Krankenlager geworfen, war es ihm nicht beschieden, die gefährliche Krise zu überstehen, und so mußte er seine Familie und seinen Wirkungskreis wie so viele andere gerade in einer Zeit verlassen, da eine kundige, sichere Hand, reiche Erfahrung und guter Rat nicht hoch genug eingeschätzt werden können. Was menschliche Einsicht, Tüchtigkeit, Pflichttreue und Fleiß zu bedeuten haben, wird so recht offenbar, wenn der Träger dieser Tugenden und Vorzüge mitten aus seiner Arbeit herausgerissen wird.

J. Spieß wurde am 21. Oktober 1860 geboren. Nachdem er in Bern die Primar- und Kantonschule besucht, bestand er in einem Berner Handelshaus seine kaufmännische Lehrzeit. Zur weiteren Ausbildung begab er sich nach Südfrankreich, wo er drei Jahre verblieb. Er verlebte da eine glückliche Zeit, die er trefflich ausnützte und die für seine spätere Laufbahn als Kaufmann bedeutungsvoll wurde. Bis zu seinem Tode blieb er mit seinen früheren südfranzösischen Prinzipalen in einem regen brieflichen und freundschaftlichen Verkehr.

In seine Vaterstadt zurückgekehrt, trat er 1887 als Angestellter in den Spar- und Betriebsverein; er verblieb in dieser Stelle, bis im Jahre 1896



† J. Spieß-Salvisberg,

dessen Auflösung erfolgte. Von da an übernahm er gemeinschaftlich mit Herrn Negarter das Geschäft, das 21 Jahre lang unter der Firma Negarter & Spieß geführt wurde, dabei zu schöner Ent-

wicklung gelangte und sich über den Stadtkreis hinaus des besten Rufes erfreute.

Herr Spieß vermählte sich im gleichen Jahre mit Fräulein Klara Salvisberg, Tochter des Amtsnotars, die ihm zwei Kinder, Sohn und Tochter, schenkte. Ein herbes Geschick wollte es, daß sie schon nach zwei Jahren, gerade an ihrem Hochzeitstage, starb. Die Kinder hatten aber das Glück, in der Schwester der früh Verstorbenen eine zweite Mutter zu finden, die sie mit Liebe und Aufopferung erzog und später mit Herrn Spieß in den Bund der Ehe trat.

Nun hat er seine Familie, für die er die letzten Kräfte opferte, verlassen müssen. Seit dem aus Gesundheitsrücksichten erfolgten Austritt des Herrn Negarter aus der Firma stand er dem umfangreichen Geschäft als alleiniger Leiter vor. Vom frühen Morgen bis am späten Abend sah man ihn an der Arbeit. Wer je mit ihm in geschäftliche Beziehungen kam, war angenehm berührt von seinem stets freundlichen, lebenswürdigen und entgegenkommenden Wesen. Als reeller Kaufmann gab er sich alle redliche Mühe, seine Kundschaft mit guter Ware zu bedienen. Hierin liegt der Grund des großen Vertrauens, das ihm von der Bevölkerung entgegengebracht wurde. Trotz seiner vielseitigen angestrengten Tätigkeit fand er noch Zeit, manchem Ratuchenden in uneigennütziger, zuverlässiger Weise zu dienen; an dieser Stelle sei ihm besonders dafür gedankt. Seinen trauernden Hinterlassenen gereiche zum Trost, daß alle, die die schönen Eigenschaften seines Charakters kennen und schätzen lernten, ihm in alle Zukunft ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Der Gemeinderat unterbreitet der Einwohnergemeinde den Antrag, es sei die Kompetenz zur Erteilung des Gemeindebürgerrechts dem Stadtrat zu übertragen, der über die Höhe der Entschädigung von Fall zu Fall entscheidet. Die Gebühr soll im Maximum 300 Fr. nicht übersteigen.

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Monbijoubesitzung des Herrn Prof. Dr. Tobler zu einem Kaufpreis von 695,000 Fr. zu erwerben. Er hat im fernern einen Entwurf ausgearbeitet über eine Billetssteuer, der sämtliche Theater- und Kinovorstellungen, Konzerte, Vorträge, Tanzbelustigungen usw. unterliegen. Wissenschaftliche und politische Vorträge, sowie Veranstaltungen der Kirchengemeinde sind von der Steuer befreit. Sie beträgt 10% des Eintrittsgeldes, angefangen bei 50 Rp. Der Ertrag der Steuer wird auf 68,000 Franken berechnet, was ungefähr den Ausgaben für Subventionen für das Theater und den Orchesterverein entspricht.

Der Bundesrat beschloß, das Hotel Eiger zur Unterbringung der Militärversicherung zum Preise von 475,000 Fr. anzukaufen.

Der Dienstbotenverein hielt unter der Leitung von Frau Bundesrat Müller die Hauptversammlung ab. Der Verein plant, ein bescheidenes Heim zu gründen für alte weibliche Dienstboten. Durch

den Krieg wurden dem guten Werk schwere Hindernisse in den Weg gelegt.

Um dem zurzeit darniederliegenden Maurerhandwerk aufzuhelfen, sollen in allen größern Schweizerstädten Lehrschulen für genanntes Handwerk ins Leben gerufen werden. Die stadtbernerische Schule erhielt kürzlich fachmännischen Besuch; sowohl die Ausführungen im Bauzeichnen wie die erstellten Mauerwerke verschiedener Konstruktion befriedigten in hohem Maße.

Vom 1. bis 3. März veranstaltete der Konditorengelhilfenverein von Bern im Ausstellungsfenster des Restaurant zur Münz eine Kunstausstellung von Badwerk.

Die Kommission bernischer Geschäftsinhaber arbeitete einen Entwurf zur Regelung der Arbeitszeit aus. Die Arbeitswoche des Angestelltenpersonals beträgt 52 Stunden. Vom 1. März an tritt der 5 Uhr Samstagmittags-Ladenschluß wieder in Kraft; ausgenommen hiervon sind die Hut- und Modistinnenläden während der Zeit ihrer Saisons.

Der Gemeinderat stellt an den Stadtrat den Antrag, für die Vorarbeiten zur Gründung einer Volksbad- und Schwimmanstalt eine Subvention von 500 Fr. zu bewilligen. Die Umänderung der Gasbeleuchtung in elektrische Beleuchtung in den von den Straßenbahnen befahrenen Straßen kostete Fr. 66,487.50.

In der vorigen Woche fuhren in Bern etwa 1100 österreichische und deutsche Kriegsgefangene aus dem Orient vorbei. Sie waren in Konstantinopel interniert gewesen, wurden dann auf englischen Schiffen nach Italien transportiert, um von hier durch den Löschberg in ihre Heimat zurückzukehren. Die meisten waren über die Vorgänge in ihrer Heimat wenig unterrichtet und ihr Erstaunen war groß, als sie einige deutsch-schweizerische Zeitungen zu Gesicht bekamen.

Ueber das Elend in Prag berichtete vor einem zahlreichen Publikum Prof. Eugène Bestaux aus Prag. Die Stadt besitzt nur noch Lebensmittel für achtzehn Tage und eine Hilfsaktion ähnlich wie diejenige zugunsten Wiens ist unbedingtes Erfordernis, um dem größten Elend zu steuern.

Der Kunstmaler Gottfried Christen in Bern stellt in den Schaufenstern von Franke und Kaiser einen Holzschnitt aus, der den Kopf Wilsons darstellt. Der Gesichtsausdruck des großen Staatsmannes wurde vom Künstler mit erstaunlicher Sicherheit erfaßt und gestaltet.

Der Fischereiverein gibt in seinem Jahresbericht bekannt, daß zum Zweck der Wiederbevölkerung unserer Gewässer in den Pachtstrecken der Aare 3aberg-Hunziken und Hunziken-Bern 36,000 Stück Forellen und 65,000 Stück Aeschen ausgefetzt wurden.

In einer Versammlung des Handwerker- und Gewerbevereins wurde eine Resolution angenommen betr. Gründung einer kantonalen und einer städtischen Gewerbeartei, die politisch Füh-

lung mit den bürgerlichen Parteien nehmen wird. Der Anschluß an die Bauern- und Bürgerpartei wurde abgelehnt.

Im Bürgerhaus wurde eine zahlreiche besuchte Versammlung abgehalten zur Gründung einer Bauern- und Bürgerpartei. Die Sektion Bern soll ihrer Tätigkeit das Programm der kantonalen Partei zugrunde legen, welches die Förderung des Kleinbauernstandes durch Beschaffung billigen Geldes, Gleichstellung des landwirtschaftlichen Personals mit dem städtischen, Einführung der Alters- und Invalidenversicherung und verschiedene fördernde Anregungen auf dem Gebiet der Volksschulbildung und des landwirtschaftlichen Bildungswesens vorsieht.

Am 5. März tagten im großen Saale des Bürgerhauses die bürgerlichen Wähler Berns. Verwaltungsgerichtspräsident Schorer führte in seinem einleitenden Referat aus, daß sich nach der Auflösung der freijünglichen Partei eine neue Partei gründen müsse, die alle fortschrittlich gesinnten Bürger umfaßt. Der Anschluß an reine Erwerbsgruppen, die nur Sonderbestrebungen im Auge haben, kann den politisch fortschrittlich gesinnten Bürgern nicht dienen, da jene für den Staat keine fördernde Politik treiben und das Staatswohl den Berufsinteressen voranzugehen hat. Nach einem Votum von Rektor Dr. Bärtschi sind die Gründe der Auflösung der freijünglichen Partei darin zu suchen, daß sie sozialpolitisch nicht Schritt hielt und von der Opposition meistens zum Handeln gedrängt werden mußte. Der Redner trat dafür ein, den Namen Freisinn wegzulassen, da man die alte Bezeichnung nicht in die neuorientierte Partei hinübernehmen könne. Dr. Rubin stellte als neue Ziele auf die Erstarfung der Produktion und die Verteilung der Güter. Die Versammlung faßte einstimmig die Resolution, eine stadtbernerische Sektion der Fortschrittspartei zu gründen, deren Programm sich an die kantonalen Fortschrittspartei anschließt.

Das städtische Arbeitsamt Bern vermittelte im Monat Februar 1919 228 Stellen. Die Arbeitslosigkeit dauert weiter an. Am stärksten ist immer noch das Metallgewerbe betroffen, während im Baugewerbe durch die mildere Witterung die Beschäftigungsmöglichkeit besser wird. Immerhin sind auch noch viele Bauarbeiter arbeitslos.

Kleine Chronik

Stadtheater.

Emilia Galotti. Trauerspiel in 5 Aufzügen von Lessing.

In einem Punkte ist dies Drama veraltet: Das Zeitliche, das in der Unmöglichkeit für die Heldin, den fürstlichen Nachstellungen zu entkommen, liegt, kommt jedem heutigen Zuhörer undenkbar vor, der Tod daher als nicht zwingender Ausweg aus dem Schicksal. Gerade dieser eine Punkt aber öffnet den Blick für eine tiefere Begründung des Tragischen. Wenn die arme verkaufte Seele, die

nach allen äußern Umständen zu schließen ihrem Verhängnis entkommen könnte, vielleicht aus inneren Gründen nicht fliehen will? Was Lessing bloß angedeutet, würde den eigentlichen Kern für den modernen Dichter ausmachen: Emilia, die Verlobte des Grafen Appiani, liebt in Wirklichkeit den Prinzen. Diese Zwiespältigkeit, aus dem Widerstreit von Sitte und auflebender Triebhaftigkeit erwachsend, kommt ihr als tödliche Schande vor. Sie erträgt auch nur die Möglichkeit der Schande nicht und sucht den Tod.

So deutlich ist Lessing nicht. Der Protest gegen die Tyrannen seiner Zeit, das Theater-Vorbild der Franzosen und Engländer beeinflussen ihn viel zu sehr. Auch steht jener Zeit die Pflicht der Triebbeherrschung noch viel zu fest, als daß einem Aufruhr der Triebe einigermaßen Berechtigung zugesprochen werden könnte. Folglich kann der prinzipielle Liebhaber nur ein unselbständiger Lüftling sein; der Berater seiner Laune, Marinelli, wird zum Ebenbild des Schalepfeiferischen Schurken Iago, der Vater Odoardo Galotti zum überzeugten Verteidiger von Ehre, Ansehnd, Tugend, Sitte und Gerechtigkeit.

Wer feststellen will, wie tief die Wirkung der mehrfach umtrittenen Tragödie Lessings noch geht, der wird darum in den ersten Akten Spannung und Aufruhr, in den drei folgenden aber zunehmende Abschwächung der innern Teilnahme bemerken müssen, und zwar umsomehr, je stärker an Stelle einer tätigen seelischen Entwicklung der Heldin die Intrigen des eigentlich zufälligen Teufels in Menschengestalt Marinelli wirksam werden. Das Interesse wendet sich vom Kern ab und geht zur Schale über; eine gewisse Sympathie für den als Schurken vollendeten Höfling drängt sich unberechtigterweise vor. Schließlich bleibt nur noch die Ueberzeugung, daß der Heldin Untergang eine Ungerechtigkeit des Himmels sei; die große Wirkung dagegen, die wir von der Tragödie fordern, bleibt aus.

Es mag sein, daß Kurt Hoffmann-Bruck, der Darsteller jenes Typus von Schurken, wie er als Iago, als Lessings Marinelli und zuletzt als Schillers Sekretär Wurm gestaltet ist, mit seiner Schlangen-Teufelhaftigkeit allzusehr dominierte und die eben beschriebene Wirkung noch verstärkte. Das war der Feigling, bosheitvoll und Erzlügner von Anfang an. Jede Bewegung Reptil, jeder Laut glattes Ungeheuer. Trotz der ganzen Tragödie nahm er alles Interesse in Anspruch.

Weiß als Odoardo hatte ungefähr den gleichen Fehler mangelnder Härte wie sein Alt-Tischler in Maria Magdalena, jedoch verdeckt durch die Eigenschaft des italienischen Brautopfs. Die Emilia der Frl. Gaab verstärkte durch den Eindruck ihrer wundervollen Jugendlichkeit die Unberechtigung einer Tragödie. Eine temperamentreiche Mutter hat Frl. Otzzen gegeben. Die leidenschaftliche Orsina von Frl. Buchkremer dagegen blieb fast reizlos.

-kh-